

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

DIE WIRTSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK

IM I. VIERTELJAHR 1964

Die Wirtschaft der Bundesrepublik bot in den ersten Monaten dieses Jahres ein wesentlich günstigeres Entwicklungsbild als ein Jahr zuvor. Damals verursachte der ungewöhnlich harte Winter 1962/63 empfindliche Produktionseinbußen und Absatzrückgänge, und im ganzen war das Wirtschaftswachstum unterbrochen. In diesem Winter waren die Witterungseinflüsse auf den Wirtschaftsablauf sehr viel geringer.

Aber nicht nur meteorologisch gesehen war das Klima zu Beginn dieses Jahres besser, auch das Konjunkturklima ist jetzt viel günstiger als vor Jahresfrist. Die im Frühjahr und Sommer des vergangenen Jahres allmählich einsetzende konjunkturelle Erholung hat sich zu einem neuen Konjunkturaufschwung fortentwickelt, der inzwischen die meisten Wirtschaftsbereiche erfaßt hat. Mit dem merklich schneller gewordenen Tempo des Wirtschaftswachstums haben sich auch die Unterschiede in der Entwicklung der Branchen vermindert.

Auslandsnachfrage als stärkste Auftriebskraft

Ausgelöst wurde der Konjunkturumschwung durch eine rasch wachsende *Auslandsnachfrage* nach westdeutschen Waren. Die ausländischen Bestellungen bei deutschen Firmen nahmen enorm zu, und bei der Ausfuhr sind hohe Zuwachsraten zu verzeichnen. Die Einfuhr wächst zwar auch weiter an, aber längst nicht in gleichem Maße wie die Ausfuhr. Infolgedessen hat der Ausfuhrüberschuß wieder eine Höhe erreicht, die ihn — wie vor der DM-Aufwertung vor drei Jahren — zu einem konjunktur- und währungspolitischen Problem ersten Ranges werden läßt.

Die in den letzten Monaten noch verstärkte Exportkonjunktur führte zu erheblich verbesserten Absatz- und Gewinnerwartungen der Unternehmer, die wiederum das Inlandgeschäft spürbar beeinflussten. Auch hier setzten sich in letzter Zeit die Auftriebskräfte stärker durch. *Investitionsbereitschaft* und *Investitionstätigkeit* der Unternehmer nehmen wieder spürbar zu. Die günstigen Exportchancen, die guten Ertragsaussichten und insbesondere der wegen der Arbeitskräfteknappheit bestehende Zwang, den Produktionsprozeß noch stärker zu rationalisieren, zu mecha-

nisieren oder auch zu automatisieren, sind die Investitionsmotive. Die *Vorratsinvestitionen* nehmen ebenfalls stärker zu, da hauptsächlich die Verarbeiter bestrebt sind, ihre bisher knapp gehaltenen Lager wieder aufzufüllen.

Umfragen über die Investitionsmotive ergaben, wie erwähnt, den Zwang zu rationelleren, arbeitssparenden Produktionsverfahren als Hauptgrund, aber auch Erweiterungsinvestitionen werden wieder häufiger als entscheidendes Investitionsmotiv genannt. Das dürfte zu dem Umschwung in der Nachfrage nach gewerblichen Bauten beigetragen haben; im 4. Vierteljahr 1963 waren die Genehmigungen für gewerbliche Bauten erstmals nach längerer Zeit wieder höher als im gleichen Vorjahrszeitraum. Während die öffentlichen *Bauinvestitionen* weiterhin überdurchschnittlich anstiegen, lagen die Baugenehmigungen im Wohnungsbau in den letzten Monaten unter dem Vorjahrsstand. Das hat zur Folge gehabt, daß die Nachfrage nach Bauleistungen im ganzen beträchtlich hinter der Bauproduktion zurückblieb, wodurch sich die hohen Auftragsbestände — vornehmlich im Wohnungsbau — weiter verminderten. Jedenfalls hat sich die Lage auf dem Baumarkt erheblich entspannt — im Gegensatz z. B. zur Entwicklung von Anfang 1959, die im übrigen, worauf die Bundesbank richtig hinweist, einige Parallelen mit der gegenwärtigen Konjunktur aufweist.¹⁾

Ebenso wie vom Baumarkt gehen auch vom *privaten Verbrauch* keine zusätzlichen Anregungen auf die Konjunktur aus; sein Wachstum ist etwas langsamer als das des Sozialprodukts. Hierfür ist die ruhige Entwicklung der Löhne und Gehälter bestimmend.

Die stürmische, weit überdurchschnittliche Aufwärtsentwicklung des *öffentlichen Verbrauchs* ist seit dem 2. Halbjahr 1963 einem wesentlich langsameren Wachstumstempo gewichen. Die Gründe für diesen Wandel sind einmal darin zu sehen, daß die Steuereinnahmen seit mehr als einem Jahr nicht mehr überproportional wachsen, zum anderen wurde die Expansion der Rüstungsausgaben abgebremst. Während die Ausgaben für die Bundeswehr von 1961 bis 1963 um nicht weniger als um 48 vH anstiegen, sieht die Regierungsvorlage zum Bundeshaushaltsplan für 1964 „nur“ noch eine Erhöhung um 5 vH vor. Für eine Atempause in der Expansion der Rüstungsausgaben sprechen sowohl die Tatsache, daß sich die Bundeswehr nach den Aufbaujahren jetzt in einer Periode der Konsolidierung befindet, als auch die gegenwärtigen Bemühungen um Entspannung im Ost-

1) Auf diese Parallelen zwischen der Entwicklung vor fünf Jahren und heute haben wir bereits vor fast einem Jahr hingewiesen (so in GM, H. 7/1963, S. 429), als in amtlichen und privaten Konjunkturberichten pessimistische Prognosen vorherrschend waren. Aus der beobachteten weitgehenden Parallelität der Konjunkturphasen ließ sich damals der baldige Beginn eines Konjunkturaufschwungs erhoffen.

West-Verhältnis. Zum ersten Mal seit längerem wollen die USA ihre Verteidigungsausgaben im Haushaltsjahr 1964/65 sogar herabsetzen, und diese Tendenz soll sich bis 1970 fortsetzen.

Grenzen der Angebotsmöglichkeiten noch nicht erreicht

Doch zurück zur Betrachtung der gegenwärtigen Konjunktur. Trotz des starken Aufschwungs bleibt die Gesamtnachfrage noch erheblich unterhalb der Grenzen der Angebotsmöglichkeit. „Die Mehrnachfrage fließt überwiegend auf Märkte, an denen die Anbieter über Produktionsreserven verfügen“, stellt das Bundeswirtschaftsministerium (in seinem Bericht über die Wirtschaftslage im 4. Vierteljahr 1963) fest. Der letzte Investitionsboom hatte zur Folge gehabt, daß die Produktionskapazitäten während der rückläufigen Konjunktur erheblich stärker zunahm als die gleichzeitige Nachfrage; der Ausnutzungsgrad des Produktionsapparates ging spürbar zurück. Nunmehr verbessert sich die Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten zusehends, und damit einher geht ein hoher Produktivitätszuwachs.

Nach der Theorie sind demnach alle Voraussetzungen dafür gegeben, daß der Konjunkturaufschwung zunächst jedenfalls ohne Anstieg des Preisniveaus erfolgen könnte, zumal die Lohnentwicklung ruhig verläuft. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Die Bundesregierung rechnet selbst in ihrem Wirtschaftsbericht für 1964 mit einem durchschnittlichen Preisanstieg von 2 bis 2,5 vH. Der Preisindex für die Lebenshaltung lag im Januar 1964 um 2,6 vH über dem Stand vom Januar 1963. Dabei wirken sich am stärksten Preiserhöhungen aus, die auf Maßnahmen der Bundesregierung und des Gesetzgebers zurückzuführen sind — darauf wurde in den *Gewerkschaftlichen Monatsheften* mehrfach hingewiesen.²⁾ Aber auch die industriellen Erzeugerpreise sind vom Januar 1963 bis zum Januar 1964 um 0,8 vH angestiegen, und viele Unternehmer glauben, daß nunmehr eine risikolose Heraufsetzung ihrer Preise möglich ist.

Die sehr lebhaft entwickelte Nachfrageentwicklung läßt sich aus den neueren Zahlen der industriellen Auftragsstatistik ablesen.³⁾ Im Januar 1964 erhielten die Industrieunternehmen der Bundesrepublik insgesamt Aufträge, deren Wert um 11 vH höher war als im Januar 1963. Im Dezember 1963 war der entspre-

chende Vorjahrswert auch um 10 vH überschritten worden. Die Bestellungen aus dem Ausland nahmen im Januar 1964 um nicht weniger als um 20 vH und im Dezember 1963 um 21 vH zu. Aber auch bei den Inlandsaufträgen ergaben sich Zuwachsraten von immerhin 8,4 vH im Januar 1964 und von 7 vH im Dezember 1963. Während die Auslandsaufträge in den großen Industriebereichen ziemlich gleichmäßig anwuchsen, blieben die inländischen Auftragserteilungen an die Verbrauchsgüterindustrie beachtlich hinter der allgemeinen Entwicklung zurück. Im Januar 1964 gingen hier z. B. nur 3,3 vH mehr Inlandsaufträge ein als vor Jahresfrist. Demgegenüber konnte die Grundstoffindustrie eine Zuwachsrate von fast 14 vH und die Investitionsgüterindustrie immerhin noch von 7 vH feststellen. Bemerkenswert ist der hohe Zugang an Aufträgen im Maschinenbau und in der elektrotechnischen Industrie; im Maschinenbau lag im Januar der Wert der Neuabschlüsse sogar um reichlich ein Fünftel über dem Umsatz. Überhaupt sind die Auftragsbestände mit Ausnahme der Verbrauchsgüterindustrie in der Industrie größer geworden.

Hohe Auftragseingänge in der Stahlindustrie

Von einer in diesem Maß unerwarteten Sonderkonjunktur profitiert die Stahlindustrie, die längere Zeit im Konjunkturschatten war. Die Walzstahlbestellungen bei den deutschen Stahlfirmen erreichen gegenwärtig Rekordhöhen; im Februar 1964 wurde mit Neuabschlüssen für 2,17 Mill. Tonnen der Monatsdurchschnitt des besten Nachkriegsjahres, 1960, sogar um 30 vH überschritten. Setzt sich diese Entwicklung im März fort, dann haben die Auftragsbestände der Walzwerke innerhalb eines halben Jahres um die Höhe einer reichlichen Monatsproduktion zugenommen und sie würden dann drei Monatsproduktionen entsprechen. Neben der verstärkten Auslandsnachfrage scheint die günstige Konjunktur auf dem Stahlmarkt vor allem in einem Umschwung im Lagerzyklus — Neuauffüllung der Vorräte, nachdem in den letzten beiden Jahren die Bestände stark reduziert wurden — ihre Ursache zu haben.

Auch die *Industrieproduktion* hatte im Januar 1964 hohe Zuwachsraten zu verzeichnen, wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß das Ergebnis vom Januar 1963 wegen des harten Winterwetters sehr ungünstig war. Das gilt natürlich besonders für die Bauproduktion, die im Januar 1964 den Vorjahresstand um gut das Doppelte übertraf. In den Monaten November 1963 bis Februar 1964 fielen im Baugewerbe im Rahmen der Schlechtwettergeld-Regelung 30,2 Mill. Tagewerke aus gegenüber 52,5 Mill. im gleichen

2) So z. B. im letzten Bericht zur Wirtschaftslage, GM, H. 1/1964, S. 43 f., in einem Aufsatz zum Wirtschaftsbericht 1964, GM, H. 2/1964, S. 75 ff. sowie in GM, H. 11/1963, S. 683 f.

3) Der Bericht wurde am 12. März 1964 abgeschlossen. Bis dahin lagen statistische Angaben über die Auftragslage und die Produktion in der Industrie nur bis zum Januar 1964 vor.

Zeitraum des vorigen Winters: 1961/62 waren es in der entsprechenden Zeit 22,6 Mill. Tagewerke. Die Industrieproduktion war im ganzen im Januar 1964 um fast ein Zehntel höher als vor Jahresfrist.

Ausfuhrüberschüsse werden immer größer

Seit etwa einem Jahr wächst der Teil der inländischen Produktion, der exportiert wird, wieder an. Das kommt in hohen Zuwachsraten der Ausfuhr zum Ausdruck. So war die Ausfuhr im Januar 1964 um 29 vH größer als im Januar 1963, im 4. Vierteljahr 1963 betrug die Zuwachsrate 15 vH. Die Einfuhr stieg zwar auch, aber längst nicht so stark; im Januar betrug ihr Jahreszuwachs 15 vH. Allerdings war das Ergebnis im Januar 1963 relativ schwach, was übrigens auch für die Ausfuhr zutrifft. Im 4. Vierteljahr 1963 wurde jedenfalls nur um 1,8 vH mehr eingeführt als im gleichen Vorjahreszeitraum. Dementsprechend wachsen die Ausfuhrüberschüsse wieder einmal enorm an. Im Januar 1964 ging die Ausfuhr um 651 Mill. DM über den Wert der Einfuhr hinaus, während der Überschuß im Januar 1963 nur 103 Mill. DM betragen hatte, und im 4. Vierteljahr 1963 ergab sich ein Ausfuhrüberschuß von 2837 Mill. DM gegenüber 952 Mill. DM ein Jahr zuvor.

Im ganzen Jahr 1963 wurden Waren im Werte von 58,3 Md. DM ausgeführt, der Wert der Einfuhr betrug dagegen nur 52,3 Md. D-Mark. Daraus ergibt sich ein Ausfuhrüberschuß von gut 6 Md. DM gegenüber 3,5 Md. DM im Jahre 1963. Es ist damit, zu rechnen, daß die Handelsbilanz in diesem Jahre noch einen weit größeren Aktivsaldo aufweisen wird. Jedenfalls dürfte er erheblich über dem mit 6,6 Md. DM bisher höchstem Ergebnis vom Jahre 1961 liegen. Damals führte das extreme Anwachsen des Ausfuhrüberschusses zur Aufwertung der D-Mark. Auch diesmal sind Gerüchte im Umlauf, die von einer erneuten Aufwertung wissen wollen. Der Bundeswirtschaftsminister hat derartige Gerüchte entschieden dementiert. Tatsächlich ist es auch nicht gut, alle paar Jahre den Wechselkurs zu verändern; schon deshalb wäre eine erneute Aufwertung der D-Mark ein wenig geeignetes Mittel zur Verminderung der Ausfuhrüberschüsse. Dies um so weniger, als ein beträchtlicher Teil der Ausfuhrsteigerung eine Folge inflationistischer Tendenzen in Italien und Frankreich und insofern sicherlich vorübergehender Natur ist. Die Lieferungen nach Italien stiegen im vergangenen Jahr weit überdurchschnittlich um 33 vH an, die nach Frankreich um rund 18 vH. Insgesamt entfielen 1963 nicht weniger als 70 vH der zusätzlichen Ausfuhr auf Exporte in die EWG-Länder.

Außerdem ist zu bedenken, daß wir hauptsächlich infolge des Reiseverkehrs eine passive

Dienstleistungsbilanz haben und daß der Staat hohe einseitige Leistungen — vor allem für die Wiedergutmachung, aber auch für die Entwicklungshilfe — in das Ausland transferieren muß. Dadurch verminderte sich der Oberschuß der laufenden Posten in der Zahlungsbilanz von 1963 auf reichlich 1 Md. DM.

Wenn sich dennoch der Gold- und Devisenbestand der Bundesbank im Laufe des vergangenen Jahres um 2,6 Md. DM — auf 30,3 Md. DM netto — erhöhte, dann lag das vornehmlich an der starken Kapitaleinfuhr aus dem Ausland. Die ausländische Nachfrage richtet sich überwiegend auf festverzinsliche Wertpapiere, deren durchschnittlicher Zinssatz erheblich über den Sätzen in anderen Ländern liegt. So wird z. B. das in öffentlichen Anleihen angelegte Kapital in den USA und in Holland mit 4 bis 4 1/2 vH verzinst, in der Bundesrepublik dagegen mit 6 vH und erst neuerdings teilweise auch mit 5 1/2 vH. Allerdings ist nicht nur die Zinsdifferenz ein Anreiz für den Erwerb deutscher Wertpapiere durch Ausländer, sondern auch die relative Stabilität und stetige Expansion der deutschen Wirtschaft.

Tatenlosigkeit statt Wirtschaftspolitik

Die Schweiz hat zur Abwehr von Auslandsgeldern Mitte März einschneidende Maßnahmen ergriffen, wodurch nicht zuletzt eine Aufwertung des Schweizer Franken verhindert werden soll. Im Kern geht es bei diesen Maßnahmen darum, daß alle seit dem 1. Januar 1964 zugeflossenen Auslandsgelder durch die Einzahlung des Gegenwertes auf ein Sonderkonto bei der Schweizerischen Nationalbank stillgelegt werden können, außerdem sollen diese Gelder nicht mehr verzinst werden. Zweifellos ist zu befürchten, daß nunmehr das von der Schweiz abgewehrte Auslandsgeld in die Bundesrepublik fließt und hier die allmählich für die Preisentwicklung wieder gefährlich werdende Geldfülle noch verstärkt. Hiergegen von vornherein wirtschaftspolitische Maßnahmen zu ergreifen, wäre dringend geboten. „Doch dazu fehlt der Mut“, beklagt die führende deutsche Wirtschafts- und Finanzzeitung *Der Volkswirt* im Leitartikel ihrer Ausgabe vom 6. März 1964. „Man will liberaler sein als die altliberale Schweiz und hat nicht begriffen, daß zuviel Liberalismus die Liberalität zerstört. Schon der dokumentierte Wille zum Handeln wäre eine Abwehr des Inflationismus.“

Statt dessen hören wir immer wieder die abgenutzten und wirkungslosen Maßhaltappelle, die sich zumeist an die falsche Adresse richten. Was soll man z. B. davon halten, wenn Bundeskanzler *Erhard* in einer Festrede vor der Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages die „Inve-

stitutionswütigkeit“ der öffentlichen Hand scharf kritisiert und vor einer immer stärkeren Kollektivierung des Lebens warnt, die angeblich daraus folgen müsse? Dieses Gerede kann doch nicht ernst genommen werden, wo allgemein bekannt ist, wie dringend der öffentliche Investitionsbedarf im Bereich von Schule, Wissenschaft und Forschung, im Straßen- und im Gesundheitswesen usw. ist und daß diese öffentlichen Investitionen für das künftige Wirtschaftswachstum sowie für die Erhaltung unserer Wettbewerbsfähigkeit entscheidend sind. Infolgedessen müssen die öffentlichen Investitionen weiterhin überdurchschnittlich ansteigen; darüber besteht unter Leuten, die sachverständig sind, gar kein Zweifel.

„Preisaufriebpolitik“ der Bundesregierung

„Was bleibt?“ fragt *Der Volkswirt*, bezugnehmend auf die amtliche Wirtschaftspolitik, und gibt die Antwort: „Der Maßhalte-Appell an die Sozialpartner. Das ist das beste Stück aus dem Repertoire einer offenbar aus ordoliberalen Dogmatismus zum Nichthandeln fest entschlossenen Regierung.“

Dieser Feststellung ist unsererseits nur hinzuzufügen, daß die Bundesregierung nicht nur nichts gegen die Preisaufriebenden unternimmt, sondern daß sie vielmehr sogar seit über einem Jahr wesentlich zu den Preiserhöhungen beigetragen hat. Das neueste Beispiel für eine derartige „Preisaufriebpolitik“ der Bundesregierung ist die beabsichtigte erneute Erhöhung der Postgebühren. Sie wird damit begründet, daß ein infolge der ungewöhnlich hohen Investitionen der Bundespost voraussichtlich in diesem Jahr entstehendes Defizit in Höhe von rund 340 Mill. DM ausgeglichen werden muß. Indessen muß die Post jährlich $6 \frac{2}{3}$ vH ihrer Einnahmen an den Bund abführen, das sind in diesem Jahr rund 520 Mill. DM. Der Bundespostminister hatte die Stundung oder Streichung dieser Abgaben für 1964 beantragt, um das voraussichtlich entstehende Defizit decken zu können. Dieser vernünftige Antrag wurde vom Bundeskabinett jedoch abgelehnt und der Postminister wurde auf den Weg der Gebührenerhöhung verwiesen. Ein solches Verhalten macht die Bundesregierung unglaubwürdig, wenn sie beteuert, daß ihr die Preisstabilität oberstes Ziel ist.

Wachsende Unternehmenskonzentration

Anfang März 1964 erhielt das Bundeswirtschaftsministerium vom Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft den Ergebnisbericht der *Konzentrationsenquete*. Er faßt die aus einer Fülle von Tatsachenmaterial über Entwick-

lung und Stand der wirtschaftlichen Konzentration in der Bundesrepublik gewonnenen Ergebnisse zusammen. Man rechnet damit, daß dieser Bericht zusammen mit einer Stellungnahme der Bundesregierung im Mai veröffentlicht wird. Die wichtigsten Ergebnisse über die Konzentration in der Industrie sind indessen bereits durch die Wirtschaftspresse bekannt geworden. Danach wurden von insgesamt 32 Industriegruppen 30 untersucht. Bei einem Vergleich der Umsatzanteile der jeweils zehn größten Unternehmen einer Industriegruppe in den Jahren 1954 und 1960 wurde bei 21 Gruppen eine Zunahme der Konzentration festgestellt. 14 Gruppen werden als „stark konzentriert“ bezeichnet, die zehn größten Unternehmen hatten hier einen Umsatzanteil von über 30 vH. In sieben Gruppen überstieg der Umsatzanteil der „zehn Großen“ sogar 50 vH. 50 Unternehmen vereinigten 1960 nicht weniger als 28,8 vH des gesamten Industrieumsatzes auf sich; 1954 betrug deren Anteil erst 17,7 vH. Im Jahre 1960 waren von 1000 größten Industrieunternehmen 221 an Kartellen beteiligt. Von diesen 1000 Unternehmen hatten ferner 158 nicht weniger als 47 389 Preisbindungen der zweiten Hand angemeldet. Das waren allein ein Viertel aller überhaupt beim Bundeskartellamt gemeldeten Preisbindungen der zweiten Hand.

„Den Bauern geht es im Grunde glänzend“

Schließlich ist noch auf einen zweiten interessanten Bericht hinzuweisen, der im Februar 1964 veröffentlicht wurde, auf den *Grünen Bericht 1964*. Die jährlich von der Bundesregierung vorzulegenden Grünen Berichte sollen Auskunft über Entwicklung und Lage der Landwirtschaft geben. Diesmal konnte Bundesernährungsminister Schwarz ein günstiges Bild von der Lage der Landwirtschaft zeichnen. Der bekannte Agrarwissenschaftler Prof. Priebe meinte indessen in einem öffentlichen Vortrag in Frankfurt, daß die Lage der Landwirtschaft tatsächlich noch besser sei, als sie in den Grünen Berichten dargestellt werde; so würden z.B. bei einem Einkommensvergleich mit der gewerblichen Wirtschaft die Naturalentnahmen mit der Landwirtschaft und deren fiktive Mieten zu niedrig bewertet. Bei richtiger Betriebsführung könne jedenfalls in der Landwirtschaft das gleiche Einkommen und die gleiche Kapitalverzinsung wie in der gewerblichen Wirtschaft erzielt werden. Gerade weil von gewerkschaftlicher Seite immer wieder die Agrarpreispolitik der Bundesregierung heftig kritisiert worden ist, möchten wir abschließend den Wortlaut des Berichtes über den Vortrag von Prof. Priebe, so wie er in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 8. Februar 1964 stand, zum größten Teil wiedergeben:

„Den Bauern ginge es im Grunde glänzend. Seit 1950 seien die Verkaufserlöse von neun auf 24 Md. DM gestiegen bei gleichzeitiger Verminderung der Arbeitskräfte. Die Zuwachsraten der Einkommen und die Produktivität könnten sich mit vielen gewerblichen Branchen messen... Die Diskussion über die Agrarpolitik zeige in der ganzen Welt, wie Priebe betonte, große Hilfslosigkeit und fast grenzenlose Unwissenheit. Die Agrarpolitik sei das Feld von Ideologen und Demagogen. Die landwirtschaftliche Bevölkerung werde bewußt irreführt. Man müsse deshalb vor allem mit drei Grundirrtümern aufräumen: Erstens, daß die Landwirtschaft nicht gleichentwicklungsfähig sei wie die moderne Industrie. Dieser Irrtum gehöre zum Sprachschatz

aller Bauernverbandspräsidenten und habe bei Malthus, Marx und Spengler Pate gestanden. Zweitens, daß die Agrarbevölkerung von besonderem biologischem Wert und staatstragend sei. Diese These sei heute völlig illusionär. Die wirtschaftliche Entwicklungsstufe eines Landes zeige sich in dem Anteil der ländlichen Bevölkerung; je weniger Menschen mit der Sicherung der Ernährung beschäftigt seien, desto höher liege das Sozialprodukt. Drittens, daß eine eigene nationale Ernährungsbasis die Grundlage staatlicher Souveränität sei. Es munde merkwürdig an, heute von agrarischer Souveränität zu sprechen, wenn man zum Beispiel schon ein übernationales Verteidigungssystem habe.“

Günter Pehl